

N i e d e r s c h r i f t

über die 7. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 14. Februar 2017, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Stadtverordnetenvorsteher:	Burckart, Ralf
Stadtverordnete:	Arnold, Jürgen Bausch, Hans Bork, Anneliese Braun, Dennis Geiselbrechtiger, Renate Dr. Goll, Michaela Hansmann, Dirk Heine, Volker Hille, Frank Hoth, Wolfgang Koch, Gisela Kühne, Antonia (entschuldigt) Lang, Gudrun Lenz, Karin Dr. Lenz, Ulrich Leun, Manfred Lodde, Franziska Lodde, Hendrik Löser, Friedel Markgraf, Antje Markgraf, Uwe Nöh, Burkhard Reinwald, Peter Rippl, Frank Schaffer, Franziska Schaffer, Joachim (entschuldigt) Schimmel, Dirk Dr. Schütz, Christof Seim, Dirk Steinberg, Tim-Ole Utschig, Thomas Wedemann, Fabian Weigel, Lothar (entschuldigt) Weitze, Alisha Wolter, Michael Dr. Worm, Heinz-Lothar
Magistrat:	Bürgermeister König, Jörg Erster Stadtrat Arnold, Norbert Stadtrat Altenheimer, Thomas Stadträtin Braun, Petra Stadtrat Deeg, Sven Stadtrat Gath, Wolfgang Stadtrat Krapf, Reinhold Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert

Stadtrat Trinklein, Gerhard

Ausländerbeiratsvorsitzender: --
Frauenbeauftragte: --
Jugendvertretung: --
Verwaltung: Hölzel, Frank
Presse: Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine)
Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)
Zuhörer: 8
Protokollantin: Wolf, Renate

Tagesordnung

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
3. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

4. Einführung einer Zweitwohnungssteuer
- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 032/16/21 –
5. Satzung für die Förderung der Ummeldungen von Zweit- und Erstwohnsitz in der Stadt Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 033/16/21 -
6. Förderung des Zuzugs von Studenten und Auszubildenden mit Erstwohnsitz in der Stadt Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 -
7. Beteiligung der Stadt Linden an der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und der Studie zum Breitbandausbau
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 023/16/21 –
8. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 021/16/21 -
9. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2017
 - a) Haushaltssatzung
 - b) Stellenplan
 - c) Haushaltsplan- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 021/16/21 -

10. Erweiterung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 54 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) zum gemeinsamen Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer der Städte Gießen, Hungen, Linden und der Gemeinde Heuchelheim
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 024/16/21 -

11. Antrag Magistrat Feuerwehr - Satzungsänderung

Kenntnisnahmen:

12. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

hier: Anfrage der FDP - Fraktion vom 30.01.2017 bezüglich Beratungs- und Dienstleistungstätigkeiten

b) Ökologisches Linden;

hier: Prüfung der Möglichkeiten, auf dem Dach der KiTa Regenbogenland eine Photovoltaikanlage zu installieren

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 012/16/21 -

c) Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“

hier: Prüfung der Möglichkeiten einer Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 013/16/21 -

13. Verschiedenes

Zu TOP 1

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 7. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er traditionsgemäß allen Parlamentariern und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Blumengrüße erhalten die Stadtverordneten Löser und Hoth zu ihrem 65. Geburtstag sowie Bgm. König zu seinem 50. Geburtstag.

Als Nachrücker im Parlament begrüßt er die Herren Markgraf und Schimmel und wünscht Ihnen gutes Gelingen.

Zum Gedenken an den am 20. Januar 2017 verstorbenen Ehrenstadtverordneten Michael Fischer erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

In einem kurzen Nachruf geht Stadtverordnetenvorsteher Burckart auf dessen politisches Wirken ein. Herr Fischer war vom 01.10.1985 bis zum 02.09.2008 und seit 16.04.1993 bis zu seinem Tode Stadtverordneter in der Stadt Linden. Am 29.01.2010 wurde ihm der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen und am 19.03.2013 wurde er zum Ehrenstadtverordneten ernannt.

Nach einer Schweigeminute wird die Sitzung fortgeführt.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Bgm. König teilt mit, dass er einen Dringlichkeitsantrag bezüglich der Änderung der Feuerwehrsatzung auf die Tagesordnung nehmen möchte und erläutert den Antrag und auf Rückfrage des Herrn Hille den Grund der Dringlichkeit. Es sollen Wahlen stattfinden und nach der Satzung kann aus der Alters- und Ehrenabteilung keiner in den Feuerwehrausschuss gewählt werden.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass hierzu eine 2/3 Mehrheit erforderlich ist.

Die Abstimmung ergibt die erforderliche 2/3 Mehrheit; somit kommt dieser Punkt noch auf die Tagesordnung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 4, 7, 9 und 10 vorgezogen werden sollten (bevor die HH-Debatte beginnt).

Hiergegen ergeben sich keine Einwände, somit ändert sich die Tagesordnung entsprechend.

Zu TOP 2

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Hierzu liegt eine schriftliche Anfrage des Stadtverordneten Hille vor; Stadtverordnetenvorsteher Burckart liest das Schreiben vor.

Bgm. König teilt hierzu mit, dass er sich bereits mit den Stadtwerken Gießen diverse Standorte angesehen habe. Ein weiterer Termin mit Herrn Momber wurde bereits vereinbart (16.02.2017). Bgm. König nennt die Örtlichkeiten: Schwimmbad, Volkshalle Leihgestern, städtischer Teil TV Halle, Stadthalle, Rathaus mit Sportplatz und Fun Park (Ausstrahlung auf den Bahnhof).

Herr Hille dankt für diese Ausführungen. Gemäß der neuen GO sollten allerdings sowohl Fragen, als auch die dazugehörigen Antworten in schriftlicher Form vor der Sitzung vorgelegt werden.

Da diese Vorgehensweise neu ist und Herr Retzer sich im Krankenstand befindet, konnte dies jetzt nicht beachtet werden (Fragen und Antworten werden dem Protokoll beigelegt).

Zu TOP 3

Berichterstattung durch den Magistrat

Barrierefreier Zugang Friedhof Leihgestern

Hierzu hat Bgm. König einen Termin mit der Kirchenverwaltung und dem Denkmalschutz vor Ort wahrgenommen. Dabei wurden mehrere mögliche Varianten eines barrierefreien Aufgangs zum Friedhof von der Ev. Kirche her besprochen. Er wird weiter berichten.

Ratsinformationssystem

Im Ältestenrat wurde besprochen, dass noch 2 Termine (Vorstellung neuer Systeme) in der Verwaltung abzuhalten sind, da die Verwaltung mit dem System arbeiten muss.

Personal

Bgm. König kann mitteilen, dass ab dem 01.04.2017 ein Techniker das Bauamt verstärken wird.

Jahresabschlüsse

Der Magistrat hat in der Sitzung am 12.01.2017 den Jahresabschluss 2013 festgestellt; der Jahresabschluss 2014 folgt in der kommenden Magistratssitzung.

Kita Obergasse

Ab dem 01.03.2017 – bis voraussichtlich 26.02.2018 – wird die Kita Obergasse eine neue Kindergartenleitung erhalten; Frau Dörr befindet sich voraussichtlich bis dahin in Elternzeit.

Kindergartenneubau

Bgm. König teilt mit, dass die Architektenausschreibung hierzu auf den Weg gebracht wurde.

Zum Bericht des Magistrats ergeben sich keine Wortmeldungen.

Beschlüsse:

Zu TOP 4

Einführung einer Zweitwohnungssteuer

- Antrag FW - Fraktionsantrag Nr. 032/16/21 -

Herr Bausch bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Der HFA hat wie folgt abgestimmt: 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Herr Lodde erklärt, warum seine Fraktion dem Antrag nicht folgend kann (Überschuss im HH, zu hoher Verwaltungsaufwand usw.). Außerdem würde man Personen damit belasten (Studenten Uni/FH Gießen), die ohnehin wenig Geld zu Verfügung hätten. Insgesamt sei die Begründung des Antrages falsch.

Auch Herr Reinwald teilt mit, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde; die meisten Gründe habe Herr Lodde bereits genannt. Es sei das falsche Signal zum jetzigen Zeitpunkt eine derartige Steuer zu erheben.

Frau Lang erklärt ebenfalls, dass keine Zustimmung erfolgen könne. Ihrer Fraktion erscheinen die Einnahmen zu hoch gegriffen.

Herr Leun weist darauf hin, dass die getätigten Äußerungen „wir greifen dem „Bürger“ in die Tasche“ nicht zutreffend seien; nicht die Stadtverordnetenversammlung greift dem „Bürger“ in die Tasche sondern die Stadt. Die Begriffe sollten zumindest bei der Argumentation richtig verwendet werden. Zu den genannten Zahlen erklärt er, dass diese Einnahmen nicht dem kommunalen Finanzausgleich unterliegen, sondern ganz alleine der Stadt gehörten. Man könne auch bestimmte Personengruppen (Studierende, in Partnerschaften Lebende, Altenheimbewohner usw.) von dieser Steuer ausschließen.

Herr Dr. Schütz erklärt, dass seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde und begründet dies. Im HFA habe man ausführlich darüber diskutiert und ihm fehlt völlig der Gedanke, man würde dem Bürger in die Tasche greifen. Zum einen sind es die Einwohner und zum anderen könne sich ja jeder Betroffene dagegen wehren, indem er seinen Erstwohnsitz in Linden anmeldet. Wenn man durch diese Steuer ca. 60 T Euro einnehmen könnte, aber durch die Schlüsselzuweisung geschätzte 600 x 1.200,00 € nicht einnehmen, dann müsse man dem „Bürger“ auch erklären, warum die Stadt auf so viel Geld verzichtet. Man könne aber auch mit der Idee der CDU leben und evtl. erreiche man gemeinsam mehr.

Frau Lang erwidert zum Einwand des Herrn Leun, dass es ganz klar geregelt sei, dass Ehepartner und Altenheimbewohner von dieser Steuer auszuschließen seien.

Bei 9 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 5

Satzung für die Förderung der Ummeldungen von Zweit- und Erstwohnsitz in der Stadt Linden - Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 033/16/21 –

Herr Lodde bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Der HFA hat wie folgt abgestimmt: 4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen; somit wurde Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Bausch findet die Ausführungen des Herrn Lodde sehr interessant (welche Einnahmen suggeriert werden). Beim vorherigen Punkt (Antrag seiner Fraktion) wurden die Einnahmen hintenangestellt. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

Herr Leun erklärt, dass diese Satzung aus rechtlichen Gründen gar nicht kommen kann. Auch zu den genannten Zahlen des Herrn Lodde nimmt er ausführlich Stellung. Letztendlich könne es aber nicht sein, dass Herr Lodde Behauptungen aufstellt/von Zahlen spricht, die überhaupt nicht belegbar sind.

Herr Lodde entgegnet hierzu, dass Herr Leun in den von seiner Fraktion an den Magistrat gestellten Berichtsantrag nachschauen sollte; dort waren die Zahlen genannt.

Frau Lang erklärt, dass der Magistrat diese Satzung noch einmal intensiv prüfen soll und auch einen Termin festlegt, bis zu dem die ganze Angelegenheit überprüft ist, ob alles so geht, wie angedacht.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart betont, dass eine klare Antragstellung vorliege; der Magistrat gibt eine Satzung ins Parlament.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 03/16/21 ergibt bei 5 Nein-Stimmen eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 6

Förderung des Zuzugs von Studenten und Auszubildenden mit Erstwohnsitz in der Stadt Linden - Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 -

Herr Lodde bringt den Antrag ein und erläutert ihn

Der HFA hat wie folgt abgestimmt: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen.

Herr Löser erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen könne, da dieser diskriminierend für Arbeitnehmer sei, die weit fahren müssen.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 034/16/21 ergibt bei 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 7

Beteiligung der Stadt Linden an der Beteiligungsgesellschaft Breitband Gießen mbH und der Studie zum Breitbandausbau - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 023/16/21 –

Bgm. König erläutert kurz die Magistratsvorlage und bittet um Beschlussfassung.

Der HFA hat wie folgt abgestimmt: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

Herr Heine erklärt, dass es diese Vereinbarung seit dem 16.01.2017 gebe und warum der Magistrat nicht früher hat beitreten wollen. Man hätte bereits im vergangenen Jahr entsprechendes in die Wege leiten können.

Bgm. König erklärt hierzu, dass man erst Ende letzten Jahres, nachdem die Versorgung durch die Telekom abgeschlossen war und man danach festgestellt hat, dass zwei Stellen in Linden immer noch unterversorgt sind, mit der Breitband GmbH Kontakt aufgenommen habe.

Herr Bausch möchte wissen, ob es in diesem Zusammenhang zulässig sei, 50.000,00 € als Investitionen in den HH einzustellen, ohne zu wissen, was wann wo „gebaut“ wird.

Bgm. König erklärt, dass es zwei unterversorgte Stellen in Linden gebe: ein kleiner Teil im Gewerbegebiet Lückenbachtal und Richtung Neuhof. Es soll nur eingestellt werden, was für Vorsorgeuntersuchungen notwendig ist und wenn danach die genauen Lücken bekannt sind, kann man sofort entsprechend handeln.

Die Abstimmung zur Magistratsvorlage Drucksache Nr. 023/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft anschließend die Tagesordnungspunkt 8 und 9 zur gemeinsamen Beratung (Abstimmung erfolgt getrennt) auf.

Zu TOP 8

Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Linden für das Wirtschaftsjahr 2017

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 021/16/21 -

Der HFA hat wie folgt abgestimmt: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Bauausschuss hat mit 8 Ja-Stimmen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Zu TOP 9

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Linden für das Rechnungsjahr 2017

a) Haushaltssatzung

b) Stellenplan

c) Haushaltsplan

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 021/16/21 –

Der HFA hat wie folgt abgestimmt:

a) 6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

b) 8 -Stimmen

c) Teilbereich C „Haushalt“ mit allen Änderungen: 6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Der Bauausschuss hat wie folgt abgestimmt:

a) 5 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

b) 5 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

c) 4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat wie folgt abgestimmt: 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

Bevor die Debatte zu diesen beiden Punkten beginnt, dankt Bgm. König ausdrücklich der Verwaltung, die trotz mehr Sitzungen als in den Vorjahren alles Unterlagen rechtzeitig und auch kurzfristig zur Verfügung gestellt hat und auch alle Protokolle schnell geliefert wurden. Aber auch den Parlamentariern dankt er für deren sachliche und effiziente Beratung.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart schließt sich den Worten des Bürgermeisters an. Es wird über den HH in der Fassung vom 09.02.2017 beraten und beschlossen.

Frau Lang erklärt, dass die SPD einen Änderungsantrag zum Stellenplan gestellt habe, der ausführlich diskutiert wurde. Den Teil des Änderungsantrages der einen Ausbildungsplatz betrifft wird zurückgezogen, da der Magistrat hierzu eine gute Begründung geliefert hat, warum dieser Platz nicht vorhanden ist. Auch der Teil des Änderungsantrages bezüglich der KW-Vermerke wird wegen Erledigung zurückgezogen. Lediglich der Teil bezüglich der Reinigungskräfte bleibt bestehen. Der Teil bezüglich der ständigen Vertretungen der Kita-Leitungen hat sich durch rechtliche Regelung (muss vorhanden sein) ebenfalls erledigt.

Herr Hille nimmt Bezug auf den verbleibenden Teil des Antrages und erklärt, dass hier keine Eindeutige Handlung genannt wurde, was im Stellenplan einzustellen wäre. Dies ginge formal so nicht. Ein Änderungsantrag müsse konkrete Anweisungen enthalten.

Frau Lang nimmt dies so zur Kenntnis. Bezüglich der Kündigung der Fremdfirmen könne man daraus einen Prüfantrag an den Magistrat machen.

Bgm. König bedankt sich bei Frau Lang und sagt die Prüfung zu.

Herr Reinwald erklärt, dass sich auch für seine Fraktion damit der Antrag eigentlich erledigt habe; den Prüfantrag könne man ja etwas offener gestalten. Er gibt zu bedenken, dass der Landkreis Gießen zu dieser Thematik eine GmbH gegründet und damit eigentlich nur schlechte Erfahrungen gemacht habe.

Herr Leun gibt eine Stellungnahme zum HH 2017 ab und erklärt, dass seine Fraktion dem Zahlenwerk nicht zustimmen werde. Hierzu liefert er eine ausführliche Erklärung (u.a. HH-Mittel für Neubau Kindergarten – gemäß § 12 (2) GemHVO nicht möglich).

Auch zum Eigenbetrieb erläutert er ausführlich die Bedenken seiner Fraktion.

Herr Hille möchte nur einige Sätze zum HH verlieren, da ja schon in 6 Ausschusssitzungen darüber ausführlich beraten wurde.

Er möchte seinen Ausführungen auf 4 Punkte beschränken.

1. Auch er dankt herzlich der Verwaltung für die Zusammenstellung des Zahlenwerkes und der Protokolle. Er erklärt, dass dies eigentlich die Königsdisziplin der Stadtverordnetenversammlung sei (Entscheidung über Geldmittel) und durch die ausführlichen Beratungen sei man insgesamt zu einem guten Konsens gekommen.
2. Man befinde sich in der komfortablen Lage einen ausgeglichenen HH zu haben. Der Kämmerer habe langfristig und gut gearbeitet; man müsse sich keine Gedanken über eine HH-Sicherung machen oder über Gebührenerhöhungen – evtl. auch von außen aufgedrückt. Man könne frei bestimmen.
3. Er erinnert daran, dass die Stadt Linden sechs Millionen als Kreisumlage und 2,5 Millionen als Schulumlage aufzubringen habe. Damit seien alleine schon zwei Drittel der Einnahmen weg und trotzdem könne man noch investieren.

4. Die Investitionen seien zukunftsweisend. Man investiere u.a. in einen neuen Kindergarten, in die Erneuerung der Verkehrsanlage „Breiter Weg“ und einen barrierefreien Zugang zum Friedhof Leihgestern.

Dies alles wäre ein gutes Werk; daher werde seine Fraktion zustimmen.

Herr Dr. Schütz stimmt Herrn Hille bezüglich der Königsdisziplin des Parlamentes bei und hat daher auch nur einige Bemerkungen. Im HH lässt sich manchmal im Kleingedruckten und an den Vorzeichen das Wohl und Wehe einer Kommune feststellen und welche langfristigen Pläne verfolgt werden. Es sei aber auch das Recht und die Pflicht der demokratisch legitimierten Opposition, sich mit den Plänen der Mehrheitsfraktion auseinanderzusetzen. An dieser Stelle zitiert er zweimal Herrn Hille zu Aussagen über die kleinen Parteien, die stur die Anträge der großen Parteien ablehnten.

Der HH selber biete durchaus eine Reihe von Erkenntnissen:

1. Im HH habe sich zum Glück – zumindest über weite Strecken – die Vernunft durchgesetzt.
2. Er erinnert an 5 „wenig sinnvolle“ Anträge, seiner Fraktion, die dann aber doch umgesetzt wurden, weil sie ökonomisch und ökologisch sinnvoll waren.
3. Es sei außerdem wichtig, dass die Stadt lebenswert sei und weiterhin gestaltet werden müsse. Dabei müsse man die wichtigen Aussagen des Energieberichtes und der Mitarbeiterin ernst nehmen, die dafür verantwortlich zeigt. Wenn dies als „stur“ bezeichnet werde, dann wolle man auch weiterhin gerne stur bleiben.
4. Man sei zu der Erkenntnis gelangt, dass eine Stadt nicht nur verwaltet sondern auch gestaltet werden müsse.

Daher werde man dem HH zustimmen, allerdings auch weiterhin das erhebliche Konfliktpotential im Auge behalten.

Dies sei z.B.

- die Kommission 2036 –ohne qualifizierten Sachverstand ginge dies nicht; diesen müsse man ggf. einkaufen.
- die Verbreiterung des Bahnviadukts – hier stecke ein großes Risikopotential drin; es gibt kein Verkehrskonzept, es gibt keine nachvollziehbaren Zahlen, die Bahn hält sich bedeckt und schlimmstenfalls verliert die Stadt noch Zuschüsse
- auch der Neubau Kindergarten Regenbogenland 2 berge erhebliches Konfliktpotential

Aber die zielorientierte und meistens sehr sachliche Beratungen im Parlament und das schnelle, effiziente und kompetente Handeln der Verwaltung haben zur Vorlage dieses HH geführt. Dafür sei allen Dank zu sagen. In diesem Zusammenhang erinnert er auch an die Hilfsbereitschaft (gemeinsame Haltung) in der Flüchtlingspolitik. Allerdings bedaure er auch, dass sich der Ton im Parlament unnötig verschärft habe („Angriffe auf die kleinen Oppositionsparteien seitens der CDU“).

Frau Lang schließt sich bezüglich des Dankes an die Verwaltung ihren Vorrednern an. Aber auch sie möchte noch einiges zu den sozialen Aspekten im HH sagen.

Der Anteil an geringfügig Beschäftigten steige langsam aber stetig. Hier sei es Pflicht der Stadt auf die Betriebe dahin einzuwirken, um dies einzudämmen.

Hervorzuheben sei, dass im Investitionsprogramm der Neubau eines Kindergartens enthalten sei; dieser sei auch sehr notwendig. Gleiches gelte für Kosten zur Verbreiterung des Eisenbahnviadukts. Dies sei Voraussetzung für die Straßenführung für das neue Baugebiet; so könne man diese aus den alten Ortskernen herauslassen.

Es sei erfreulich, dass „Die Mäuschen“ den benötigten Betriebskostenzuschuss erhalten, da sie mit ihrer Arbeit den Bedarf der Stadt decken.

Auch die übrigen städtischen Kindergärten sind ansonsten ganz gut ausgestattet und die Reinigungskräfte und Küchenhilfen erfahren nun eine Aufwertung.

Besonders begrüßenswert seien die Stellenerhöhungen im HH.

Sie bedaure allerdings, dass kein Zuschuss zum Bau der Sporthalle der Anne-Frank-Schule im HH enthalten sei; ihre Fraktion hofft eine Lösung im nächsten HH.

Aus den vorgenannten Gründen werde ihre Fraktion dem HH zustimmen.

Herr Reinwald erklärt, dass zwar schon viel gesagt wurde, möchte aber noch einmal kurz zusammenfassen. Als Liberale falle es ihm schwer, etwas gegen den Entwurf des HH vorzutragen. Es gibt keine Neuverschuldung, Altschulden werden abgebaut usw.

Insgesamt bleibt für die Stadt ein gutes Plus und daher stehe Linden im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr gut da. Vor diesem Hintergrund habe seine Fraktion auch keine weiteren Änderungen zum HH eingebracht.

Auch er halte es für eine wichtige lenkende Funktion, dass die Verwaltung personell aufgestockt wird. Es stehen wichtige große Investitionen an (Konzept 2036), wobei man nicht in Einzelbetrachtungen fallen darf sondern diese Kernthemen müsse man vernetzt betrachten. Daher sei es wichtig, sich qualitative Fachkompetenz einzukaufen und sich entsprechend beraten zu lassen.

Auch seine Fraktion werde dem HH zustimmen; allerdings immer ein wachsames Auge darauf haben. Ganz zum Schluss möchte er sich aber bei all denjenigen entschuldigen, die auf die Parlamentarier „verzichten“ mussten; dies seien die Partner und Familien. Hier dankt er besonders seiner Ehefrau, die am heutigen Hochzeitstag gemeinsam mit ihm zu dieser Sitzung gekommen sei.

Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich bei allen für die sachlichen Redebeiträge und stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Wirtschaftsplan Stadtwerke 2017: einstimmige Annahme

HH-Satzung der Stadt Linden für das HH-Jahr 2017:

- a) Haushaltssatzung: einstimmige Annahme
- b) Stellenplan: einstimmige Annahme
- c) Haushaltsplan: einstimmige Annahme

Die Stadtverordneten Reinwald und Steinberg verlassen die Sitzung.

Zu TOP 10

Erweiterung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 54 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG) zum gemeinsamen Einsatz der freiwilligen Polizeihelfer der Städte Gießen, Hungen, Linden und der Gemeinde Heuchelheim - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 024/16/21 -

Bgm. König erläutert kurz die Vorlage.

Der HFA hat wie folgt abgestimmt: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung.

Frau Lang erklärt, dass man grundsätzlich nichts gegen eine interkommunale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet habe, sich ihre Fraktion aber enthalten werde.

Herr Bausch bemängelt, dass in der Präambel der Landkreis Gießen genannt sei; die Zusammenarbeit soll aber nur zwischen den genannten Gemeinden und Städte stattfinden.

Laut Bgm. König sei der Begriff Landkreis nur dazu gekommen, da die Beteiligten im Landkreis Gießen lägen.

Herr Bausch bittet um eine entsprechende Richtigstellung.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 024/16/21 ergibt bei 13 Enthaltungen eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 11

Änderung des § 18 Abs. 2 der Satzung für die freiwillige Feuerwehr der Stadt Linden

Bgm. König erläutert noch einmal kurz die Vorlage und den Grund der Dringlichkeit und bittet um Zustimmung.

Herr Bausch möchte wissen, ob es eine altersmäßige Höchstgrenze zur Wählbarkeit gebe.

Dies wird von Bgm. König verneint.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart trägt noch einmal den Wortlaut des zu fassenden Beschlusses vor.

Die Abstimmung hierüber ergibt einstimmige Annahme.

Kenntnisnahmen:

Zu TOP 12

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

hier: Anfrage der FDP - Fraktion vom 30.01.2017 bezüglich Beratungs- und Dienstleistungstätigkeiten

b) Ökologisches Linden;

hier: Prüfung der Möglichkeiten, auf dem Dach der KiTa Regenbogenland eine Photovoltaikanlage zu installieren

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 012/16/21 -

c) Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“

hier: Prüfung der Möglichkeiten einer Fassadenverschönerung der KiTa „Regenbogenland“

- Antrag B90/GRÜNE - Fraktionsantrag Nr. 013/16/21 -

Bgm. König erklärt hierzu, dass Unterpunkt a) zurückgestellt und in der nächsten Stadtverordnetensitzung besprochen wird. Aufgrund der HH-Beratungen konnte die Finanzabteilung die Zahlen hierzu nicht zusammenstellen.

Die Unterpunkte b) und c) haben sich erledigt, da diese im HH Berücksichtigung gefunden haben.

Zu TOP 13
Verschiedenes

Bgm. König bedankt sich an dieser Stelle bei allen, die seinen Geburtstagsempfang so gut gestaltet haben.

Ausschusssitzungen

Herr Dr. Lenz erklärt, dass er schon in den Ausschusssitzungen darum gebeten habe, dass sich der Ältestenrat noch einmal mit den vielen Sitzungen zur HH-Beratung befassen soll. Man könne den HH in einer gemeinsamen Sitzung aller Stadtverordneten vorstellen und beraten, dann müsse nur noch 1 Sitzung für die Abstimmung erfolgen. Ein weiterer Grund neben dem Zeitlichen sei, dass nicht alle Parlamentarier in den Ausschüssen vertreten seien.

Ausbau Breiter Weg

Frau Geiselbrechtinger weist auf den pechhaltigen Straßenaufbruch im Breiten Weg hin und möchte wissen, ob sich der Magistrat um die Entsorgung kümmere.

Bgm. König wird entsprechende Maßnahmen in die Wege leiten.

Ende der Sitzung: 21.52 Uhr

.....
Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher

.....
Renate Wolf, Protokollantin